

## Gruppe **DIE LINKE**

im Fürther Rathaus

- Stadtrat Ulrich Schönweiß -  
- Stadträtin Monika Gottwald -  
Königswarterstr. 16  
90762 Fürth

Tel. / Fax (tagsüber): 0911 / 43 72 10  
e-mail: [dielinkegruppefuerth@yahoo.de](mailto:dielinkegruppefuerth@yahoo.de)  
[www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de](http://www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de)

An die  
Medien und Presse

per e-mail

Fürth, den 19.01.2018

DIE LINKE fordert Verabschiedung der Leerstandsverbotssatzung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ ist ein sehr großes.

In seiner nächsten Sitzung hat der Stadtrat in Fürth die große Möglichkeit, hiergegen effektiv etwas zu unternehmen. Denn dort wird nun über den Antrag der Linken auf Einführung einer Leerstandsverbotssatzung / Zweckentfremdungssatzung abgestimmt.

Hierbei ist der einzig wesentliche Inhalt, dass ein Vermieter nach drei Monaten Leerstand Bußgeld zahlen muss, wenn dafür nur ein rein wirtschaftlicher Grund vorliegt.

Dies ist alles.

Natürlich gibt es auch in Fürth spekulationsbedingte Leerstände, was in der Beschlussvorlage jedoch bestritten wird.

Wenn Mieten zu hoch sind und auf finanziell potentere MieterInnen gewartet wird, dann ist dies beispielsweise spekulationsbedingter Leerstand.

Oder wenn Instandhaltungspflichten nicht nachgekommen wird, und dann vom Vermieter auch noch gekündigt wird.

Überhaupt nicht nachvollziehbar ist für uns, wie es in der Vorlage heißen kann: „Auch der Vollzug von rechtswirksamen Anordnungen stellt bis heute nach (dortigen) Berichten eine schwierige Problemlage dar, wenn die Bescheidsadressaten die Anordnungen ignorieren.“

Das soll einmal eine BürgerIn wegen einem Strafzettel machen. Ignorieren und dann passiert nichts. Dies wäre nicht rechtsstaatlich, eine ungleiche Bevorzugung.

Leider ist die Stellungnahme der Stadt mit nicht nachvollziehbaren Szenarien beschrieben, die mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun haben. Es ist beispielsweise absurd zu behaupten, dass gleichsam nach Arbeitszimmern gefragt werden würde.

Solche Angstmachereien haben einzig den Zweck eine Ablehnung im Stadtrat herbeizuführen und sich so aus der Verantwortung zu stehlen.

Genauso wie der Stadtrat nicht bereit war, auf Grundstücksverkäufe z.B von der wbg zu verzichten.

Wir fordern die Stadt auf nach ihren Möglichkeiten zu handeln. Die Möglichkeit ist in der nächsten Stadtratssitzung gegeben.

Mit freundlichen Grüßen,

Gruppe DIE LINKE im Fürther Rathaus  
Ulrich Schönweiß und Monika Gottwald